

# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

C 11

DIENSTAG, 2. DEZEMBER 1947

VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2

5. JAHRGANG / NUMMER 96

## Erste Berührung mit den deutschen Problemen

Deutsche Zentralregierung / Grenzfragen / Bevin behält sich Handlungsfreiheit vor

LONDON. In der 3. Sitzung der vier Außenminister am vergangenen Donnerstag legte zunächst Außenminister Bidault den französischen Standpunkt über die Frage der deutschen Grenzen und der damit zusammenhängenden Probleme dar. Was die Ostgrenzen anbelange, sei es nicht möglich, wieder auf die von den drei Großmächten bei der Potsdamer Konferenz getroffenen Entscheidungen zurückzugreifen, da die Umsiedlung der Bevölkerung das deutsche Problem nur noch erschwert habe. Bidault forderte sodann den Außenministerrat auf, eine endgültige Entscheidung in der Saarfrage zu treffen und die Forderungen Belgiens, Luxemburgs und der Tschechoslowakei einer Überprüfung zu unterziehen. Frankreich sei mit der Besprechung der Ruhr- und Rheinlandfrage einverstanden, wenn die Sicherheitsprobleme dabei berücksichtigt würden. Abschließend schlug Bidault vor, die Besprechung der Frage der Gebietsforderungen einer Stellvertreterkommission zu übertragen.

Außenminister Bevin schlug die Bildung einer Kommission zum Studium der Frage der deutschen Ostgrenzen vor. Eventuell könne man die Befugnisse dieser Kommission auf das Studium aller deutschen Grenzen ausdehnen.

Außenminister Molotov befaßte sich hauptsächlich mit der Notwendigkeit, eine deutsche Zentralregierung zu bilden. Es müsse unverzüglich eine demokratische Zentralregierung in Deutschland gebildet, die deutsche Regierung sodann ermächtigt werden, der Friedenskonferenz gegenüber ihre Ansichten zu äußern, der Friedensvertrag müsse von der deutschen Regierung unterzeichnet und einem deutschen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Staatssekretär Marshall bemerkte zur Frage der deutschen Ostgrenzen, Polen habe zweifelsohne ein Recht auf Entschädigungen für die Verluste, die es erlitten habe. Eine Entscheidung, die den gemäßigten Elementen Deutschlands jede Hoffnung nehme, müsse jedoch vermieden werden. Vor allem sei dafür zu sorgen, daß die industriellen Möglichkeiten des unstrittigen Gebiets dem übrigen Deutschland und ganz Europa zur Verfügung stünden.

Bevin betonte in der Freitagsitzung nachdrücklich, daß England sich in der Frage der Einrichtung deutscher Verwaltungsstellen jede Handlungsfreiheit vorbehalte, falls die vier Außenminister im Laufe der gegenwärtigen Sitzungsperiode zu keiner Einigung über die Bildung einer deutschen Zentralregierung

kommen sollten. Diese Zentralregierung müsse nach den in den westeuropäischen Ländern üblichen demokratischen Grundsätzen erfolgen, nicht aber nach denjenigen Osteuropas.

Einen Vorschlag Bevins, die Bildung einer oder mehrerer alliierter Kommissionen zur Prüfung der Grenzfrage zuzustimmen, schlossen sich Marshall und Bidault an, während Molotov seinerseits es ablehnte, diesen Vorschlag zu diskutieren. Das gleiche wiederholte sich, als Bidault das Thema des wirtschaftlichen Anschlusses des Saargebiets an Frankreich besprochen haben wollte.

Molotov beantragte, der Außenministerrat solle sich dazu verpflichten, keine besondere Regierung in der einen oder anderen Zone zu schaffen. Hierauf antwortete nur Bevin, der erklärte, daß die britische Regierung eine derartige Verpflichtung vor Abschluß der Konferenz nicht akzeptieren könne. „Wenn Gerüchte umgehen über die Bildung einer Regierung von Westdeutschland, so gehen auch Gerüchte über die Bildung einer Ostregierung um.“

Außenminister Bidault betonte, es wäre zwecklos, die Bildung einer deutschen Zen-

tralregierung zu diskutieren, so lange man zu keiner Entscheidung über die Saarfrage gekommen ist.“

Noch während die Außenminister tagten, veröffentlichte eine englische Zeitung die Meldung, daß der französische Außenminister Bidault bei einem Mittagessen, das der Botschafter der USA in London, Douglas, zu Ehren Bidaults und Marshalls am selben Tage gegeben hatte, versichert habe, Frankreich werde der wirtschaftlichen Vereinigung der drei Westzonen zustimmen, falls es in London zu keiner Einigung über die Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands kommen sollte.

In der Samstagssitzung schlug der britische Außenminister bezüglich der Hinzuziehung deutscher Vertreter zur Konferenz vor, daß entsprechend einem bereits in Moskau ausgearbeiteten Memorandum Vertretern einer deutschen Regierung, die zur Annahme des Friedensvertrages geeignet sind Gelegenheit gegeben werden soll, auf der Friedenskonferenz ihre Ansichten vorzutragen.

Ueber den Vorschlag Bevins konnte keine Einigung erzielt werden.

## Schuman sichert sich außerordentliche Vollmachten

Gesetz zur Verteidigung der Republik und der Freiheit der Arbeit / Die Streiklage

PARIS. In der Sitzung der französischen Nationalversammlung am vergangenen Donnerstag unterzog eine Reihe von kommunistischen Abgeordneten das Kabinett Schuman einer scharfen Kritik. Es wurde versichert, die Streiks trügen keinen politischen Charakter.

Mit 322 gegen 186 bei 508 abgegebenen Stimmen wurde der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Am Samstagvormittag legte die französische Regierung der Nationalversammlung drei Gesetzentwürfe vor: 1. Gesetzentwurf zur Verteidigung der Republik und Verteidigung der Freiheit der Arbeit, 2. Gesetzentwurf zur Schaffung neuer Hilfsquellen und 3. für die Reorganisation der republikanischen Sicherheitspolizei. Ministerpräsident Schuman führte hierzu aus, daß diese Gesetzentwürfe der Regierung die Möglichkeit geben sollen, gegen Elemente vorzugehen, die die Freiheit der Arbeit beeinträchtigen.

Der Gesetzentwurf für die Verteidigung der Republik und der Freiheit der Arbeit umfaßt in der Hauptsache folgende Punkte: 1. Die Regierung wird ermächtigt, Reservisten bis zur Höchstzahl von 80 000 Mann einzuberufen, die

direkt dem Innenminister unterstellt werden, 2. Verschärfung der allgemeinen Vorkehrungen zur Verhinderung von Sabotageakten, von Eingriffen in die Arbeitsfreiheit, von Anstiftung zum Aufruhr, 3. Maßnahmen gegen Personen, die sich an derartigen Handlungen beteiligen. Beamte, die sich solcher Handlungen schuldig machen, sind nach dem Gesetzentwurf fristlos zu entlassen. Es ist vorgesehen, daß dieses Gesetz vom 30. November 1947 bis zum 31. Mai 1948 in Kraft bleibt.

Nach 28stündiger, zum Teil sehr scharfer Debatte, nahm die Nationalversammlung am Sonntagabend mit 408/184 Stimmen den Teil des Gesetzentwurfs der Regierung an, der die Einberufung der Reservisten betrifft. Ueber die reinen Strafvorschriften wird in der Nationalversammlung noch verhandelt.

Am vergangenen Freitag haben die französische Bergarbeitergewerkschaft und die Gewerkschaft der Postbeamten den Generalstreik für ganz Frankreich ausgerufen. Die 18 nationalen Verbände des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes, die sämtliche Regierungsvorschläge für unannehmbar erklärten und die Arbeiter zur Ausdehnung der Streiks aufforderten, haben ein zentrales Streikkomitee gegründet. In einem Kommuniqué am Sonntagabend betonte der zentrale Streikausschuß, daß er nach Kenntnisnahme von den im Namen der Regierung durch den Arbeitsminister übermittelten unannehmbaren Vorschläge alle bisherigen Dispositionen für den Streik aufrechterhalte. Die Regierung beschränke sich darauf, eine evtl. Aenderung der Löhne bis zum Juni 1948 ins Auge zu fassen. Damit widersetze sie sich dem Prinzip des Existenzminimums, zumal sie sich weigere, die Kaufkraft der Löhne zu garantieren. Abschließend wurde die Parole ausgegeben, „den Streik fortzusetzen, mit Energie zu handeln und vorwärts zu marschieren bis zum nahen Sieg.“

Im Baugewerbe, in den Bergwerken, Häfen und Docks ruht die Arbeit fast vollständig. Ähnlich ist die Situation bei den Eisenbahnen und bei der Post. Auf einzelnen Eisenbahnstrecken kamen Sabotageakte vor.

Der Generalsekretär der französischen kommunistischen Partei, Thorez, ist von seiner Moskauer Reise nach kurzem Zwischenaufenthalt in Berlin, wo er Besprechungen mit dem Vorstandemittgliedern der SED Grotewohl und Pieck hatte, wieder in Paris eingetroffen.

## Vollversammlung der UN billigt Teilung Palästinas

Diesjährige Sitzungsperiode der UN beendet / Alarmzustand in Syrien

FLUSHING MEADOWS. Die Vollversammlung der UN hat dem Teilungsplan für Palästina Ende letzter Woche zugestimmt. Die Delegierten der arabischen Länder teilten anschließend an die Abstimmung der Versammlung mit, daß ihre Regierungen sich in dieser Angelegenheit nicht als gebunden ansehen und die volle Handlungsfreiheit vorbehalten. Nach Abgabe dieser Erklärung verließen die Delegierten den Sitzungssaal. Gegenüber Pressevertretern gaben sie indes die Versicherung ab, daß sie nicht die Absicht hätten, sich aus der UN zurückzuziehen. Nach ihrer Ansicht sei der Beschluß der Versammlung „null und nichtig und mit der Charta nicht zu vereinbaren“. Sie lehnten es kategorisch ab, an der Durchführung dieses Planes mitzuwirken.

Der Generalsekretär der UN, Trygve Lie, und der Präsident der diesjährigen Sitzungsperiode der Vollversammlung, A. R. A. A., hielten die Schlußansprachen. Anschließend vertrat sich die Vollversammlung der UN bis zum nächsten Herbst, 1948 wird die Vollversammlung der UN in Europa zusammentreten.

JERUSALEM. Das arabische Oberkomitee trat am vergangenen Sonntag in Jerusalem zusammen, um über die Folgen des Abstimmungsergebnisses zu beraten. Kurze Zeit nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses wurden bereits arabische Demonstrationen von verschiedenen Orten gemeldet. Bei einem Angriff der Demonstranten auf das kommunistische Parteibüro in Damaskus wurden zwei Personen getötet und fünf verletzt. Die Gesundheitsämter Frankreichs und der USA wurden angegriffen, die Sperren durchbrochen, die französische und die amerikanische Flagge heruntergeholt und letztere zerrissen.

Der Präsident der syrischen Republik empfing Studenten nach einer Kundgebung, wobei er ihnen erklärte: „Solange wir einen Tropfen Blut haben, wird Palästina arabisch bleiben, selbst wenn alle Länder der Welt sich gegen uns verbünden.“ Er kündigte sodann die Eröffnung von Rekrutierungsbüros für Freiwillige in allen syrischen Städten unter der Präsidentschaft des Ministers für Landesverteidigung an. In ganz Syrien wurde Sonntagvormittag der Generalstreik beschlossen.

Der syrische Innenminister hat die Auflösung der kommunistischen Partei und die gerichtliche Verfolgung ihrer Leiter angeordnet.

## 20 Länder in Antwerpen vertreten

ANTWERPEN. In Antwerpen wurde am vergangenen Samstag der Internationale Sozialistenkongreß eröffnet. An der Konferenz nahmen die Vertreter der sozialistischen Parteien von 29 Ländern, die dem internationalen Sozialistenbüro in London angeschlossen sind, teil.

Auf der Samstagssitzung wurde zunächst über die Neuaufnahme von Mitgliedern und die Zulassung von Beobachtern beraten. Eine Kommission, die sich mit der Überprüfung der Frage befaßte, ob die deutschen Sozialisten sich einer sozialistischen Internationale anschließen dürften, befürwortete eine Zulassung der deutschen sozialdemokratischen Partei. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht u. a. die Frage der Neubildung einer sozialistischen Internationale. Die sozialistische Partei Belgiens wird, zweifellos unterstützt von den französischen Sozialisten, eine solche Neugründung befürworten.

## Nach Monaten des Ueberflusses

PRAG. Die Tschechoslowakei hat ab 1. Dezember nach Monaten des Ueberflusses erneut die Rationierungsmaßnahmen verschärfen müssen. Die Rationen wurden, mit Ausnahme des Fleisches, bedeutend herabgesetzt, in Einzelfällen sogar vollständig gestrichen. Zur Rationierung der Lebensmittel kommt eine Kon-

tingentierung vor allem von Schuhen und Textilien.

Ministerpräsident Gottwald hat in einer Sitzung der führenden Mitglieder der kommunistischen Partei den sozialdemokratischen Ernährungsminister, Mayer, heftig angegriffen und für den derzeitigen Mangel an Lebensmitteln verantwortlich gemacht.

Ernährungsminister Mayer erklärte hierzu: „Die Kommunisten haben aus außenpolitischen Gründen alle Vorschläge zur Ueberwindung des Mangels systematisch zum Scheitern gebracht.“

Er klagte vor allem die offizielle, von den Kommunisten kontrollierte Propaganda an, die die öffentliche Meinung durch übertriebene Optimismus dadurch getäuscht habe, daß sie vorgab, die Sowjetunion werde den Bedarf der Tschechoslowakei an Brotgetreide zur Hälfte decken.

## Asiatisches Komintern

PEKING. In der Zeit vom 20. bis 27. November trafen sich in Chabin über 200 kommunistische Delegierte Koreas, der Außenregion Mongolei, von den Philippinen, Indiens, Birmas und Indochinas. Sie beschlossen in Anwesenheit eines sowjetrussischen Beobachters die Bildung eines kommunistischen Informationsbüros für den Fernen Osten mit Sitz in Wladiwostok in enger Verbindung mit dem Belgrader Büro.

## Die große Rede Trumans

Von Dr. Ernst Müller

Motto: „Bei großer Knappheit kann der freie Markt für unzählige Familien zu unzähligen Härten und allgemein zu einem unentzerrlichen Preisdruck führen.“ (Aus Trumans Rede am 17. November 1947)

Präsident Trumans große Rede am 17. November vor dem Kongreß ist, von ihrem außenpolitischen Inhalt abgesehen, in gewissem Sinn ein Gegenstück zu Molotows Rede in Moskau aus Anlaß des Dreißigjahrjubiläums der Oktoberrevolution. Wenn Molotov eine Produktionssteigerung der Sowjetwirtschaft um das Dreizehnfache seit 1912 feststellte, so Truman ein Anschwellen der Kaufkraft um 39 Prozent seit 1929 in den USA.

Molotov zog aus dem riesenhaften Aufstieg der Sowjetproduktion die Folgerung: die kapitalistischen Länder sind eingeholt, sie werden überholt werden, da es im Wirtschaftssystem der Union keine nach außen hin sichtbaren Krisen gibt. Anders Truman. Der Kern seiner Rede stellte mit echt amerikanischer Nüchternheit die Gefahren dar, denen das freie Wirtschaftssystem in den USA ausgesetzt ist.

In Molotows Rede hörte man nur Töne des grenzenlosen Optimismus, in der Rede des Präsidenten aber begegnete man einer wirtschaftlichen Wirklichkeit, die ohne Illusion und ohne Theorie als krisenhaft bezeichnet wird.

Alle Preisprobleme werden in der streng autoritären Sowjetwirtschaft überhaupt nicht diskutiert, weil es keinen freien Markt gibt. Dagegen spiegelt sich an dem empfindlichen Schwanken der Preise in den USA eine Gesetzmäßigkeit des freien Wirtschaftens wider, die von der Regierung immer wieder neue Maßnahmen der Kontrolle verlangt. Das ist an sich selbstverständlich.

Das Wort „Krise“, das von den Sowjets als Untergangssymptom gedeutet wird, hat in den USA einen ganz anderen, nämlich einen positiven Sinn. Es ist nicht von ungefähr, daß der Präsident in seiner Analyse weder das Wort Kapitalismus noch das Wort Sozialismus verwendet, weil er im Innersten davon überzeugt ist, daß die Inflationsgefahr, von der er spricht, durch eine Zusammenarbeit von Regierung und Unternehmertum eingedämmt und überwunden werden wird.

Darum kann er auch ganz offen dem Kongreß und dem Volk darlegen, was zu tun ist. Das Kennzeichen der USA-Wirtschaft, der Wohlstand, ist wieder einmal bedroht. Trotz erhöhter Aktivität in der Produktion klagen Lohnempfänger, Farmer und Geschäftsleute über eine bedenklich sinkende Kaufkraft.

Was Roosevelt mit dem „New Deal“ begann, wird jetzt von Truman fortgesetzt. Die Regierung schaltet sich ein und fordert von der Wirtschaft Vollmachten: „Wir können es uns nicht gestatten, daß die Kraft der Nation und das Vertrauen in unsere freien Institutionen durch eine Wirtschaftskatastrophe erschüttert wird.“

In Notzeiten und in Zeiten, die von einer freien Wirtschaft besondere Leistungen verlangen, genügt offenbar das nicht mehr, was das Kennzeichen des Kapitalismus ist: seine Unabhängigkeit von einer übergeordneten Planstelle.

Truman bittet darum den Kongreß, Gesetze zu schaffen, die der Inflation Einhalt gebieten. Das kann im Rahmen einer freien Wirtschaft durch verschiedene Maßnahmen geschehen. Zunächst von der Geldseite her; indem man die übermäßige Spekulation an den Warenbörsen verhindert, das Kreditwesen kontrolliert und einschränkt.

Wird der Geldumlauf verknappt, wird das Sparen ganz von selbst wieder erster genommen, und „jeder Dollar, der gespart statt ausgegeben wird, bekämpft die Inflation“. Der Regulierung des Geldwesens muß aber auch eine Warenkontrolle an die Seite treten.

Bei jeder Inflation ist Warenknappheit eine der Hauptursachen. Um hier das für die kapitalistische Wirtschaft charakteristische Gesetz der Harmonie von Angebot und Nachfrage den inflationistischen Störungsgebieten anzupassen, bedarf es weiterer Gesetzesmaßnahmen, die so einschneidend sind, daß sie sogar Höchstpreise festsetzen.

Die USA-Wirtschaft steht augenscheinlich doch schon vor dem Problem, die Waren zu rationieren oder sie durch Höchstpreise zu sichern. „Ich empfehle deshalb, daß als vorsorgliche Maßnahme die Ermächtigung gegeben wird, die für die Lebenshaltungskosten entscheidenden Artikel auf einer ausgesprochen selektiven Basis zu rationieren.“

Die Konsequenz aber eines Eingriffs in die Preisbildung und Verteilung ist der Eingriff in den Kostenpreis, den die Produktion errechnet. Dieser Eingriff erfolgt dann gemäß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu Lasten des Lohnes. Truman forderte deshalb auch eine Vollmacht zur Verhinderung von Lohnsteigerungen.

Trotzdem will der Präsident mit solchen drastischen Vollmachten, die das innerste Gefüge der freien Konkurrenzwirtschaft erschüttern, das System der „Freiwilligkeit“ nicht aufgeben. Er rechnet mit dem guten Willen sowohl der Unternehmer als auch der Lohnempfänger und gibt sich sogar der Hoffnung hin, daß bereits das Vorhandensein der Vollmachten genüge, um die gestörte Wirtschaft von selbst wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Hessens Regierungskoalition

GAP, Regierungskoalitionen sind Vernunft- eben vergleichbar. Schwierigkeiten in ihnen können nur zu leicht zu Scheidungen führen. Zumal, wenn wie jetzt in Hessen die Frage, wie soll sozialisiert werden, zur Erörterung steht. CDU und Sozialdemokraten bilden in Wiesbaden die Regierungskoalition, die SPD verfügt im Landtag über 48 Abgeordnete, die Christlichen Demokraten haben 36 Sitze inne.

Wirtschaftsminister Dr. Koch, dessen Aufgabe es ist, den in einem Volksentscheid angenommenen Sozialisierungsartikel nunmehr zu verwirklichen, gehört, von der CDU stark angefeindet, zur SPD. Er vertritt den Standpunkt, daß die Frage, ob Klein- und Mittelbetriebe sozialisiert werden sollen, von der CDU nur aus Ignoranz aufgeworfen wäre. Vertritt diese doch die Auffassung, daß derartige Unternehmen von der Verstaatlichung auszuschließen seien, ebenso die Betriebe, die bereits in öffentlicher Hand sind.

Koch denkt anders. Er will diese kleinen Betriebe, sogenannte „Kleinstunternehmen“, nach der Sozialisierung, über die der Landtag das letzte Wort zu reden haben wird, in „Sozialgemeinschaften“ zusammenfassen, um sie dadurch den größeren sozialisierten Betrieben gegenüber wettbewerbsfähiger zu halten.

Das alles paßt der CDU nicht, die unter keinen Umständen privatkapitalistische Einflüsse durch länderkapitalistische Monopolstellungen abgelöst sehen will. So prallen die Gegensätze bei diesem Artikel hart aufeinander: hier Privatinitiative und Beschränkung der Verstaatlichung auf einen möglichst kleinen Teil von Unternehmen, dort Ausbreitung der verfassungsmäßig festgelegten Sozialisierung auf eine große Anzahl von Betrieben.

Muß das nicht zu einem Prüfstein für die Beziehung der beiden Partner werden? Auch bei dem Verfassungsartikel über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte sind Reibungsflächen beachtlichen Ausmaßes vorhanden; verlangen doch die Christlichen Demokraten eine lieb- und stichfeste Nuancierung dieser Bestimmung und eine gesetzliche Verankerung, die juristisch unantastbar ist. Diesmal ist aber kein sozialdemokratischer Minister das Angriffsobjekt, sondern der den eigenen Reihen angehörende Arbeitsminister.

Man sieht noch nicht klar, wie dieser „Sozialisierungsweikampf“ enden wird. Zu einem Koalitionsbruch dürfte es nicht kommen, solange ein Mann, wie der Finanzminister Dr. Hilpert, als Autorität und geschickter Gegensätze ausgleichender Unionsmann alles Widerstrebende innerhalb seiner eigenen Partei und innerhalb der Regierung oder des Landtages zu versöhnen weiß.

So haben die Parteien Hessens ihren Zankapfel. Sie vergessen darüber manches andere. Vor allem in Sachen Ernährung. Man fällt sich nach den Worten des Ministerpräsidenten gewissenhaft an die Anordnungen der Frankfurter Hauptverwaltungen, wird dafür öffentlich vor dem Plenum des Wirtschaftsrates belobt und läßt zu, wie Hessens Erntesegen, der Wein und das Obst, in Kanäle wandert, deren Ausweg „Schwarzer oder Grauer Markt“ heißt.

Vom badischen Landtag

FRIBURG. Der badische Landtag trat am vergangenen Freitagvormittag zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen, um, gemäß der Tagesordnung, eine Regierungserklärung über die Demontage entgegenzunehmen. In der Nachmittags-sitzung desselben Tages wurde scharfe Kritik an einer Regierungserklärung zur Ernährungslage geübt.

Ein Abgeordneter der KPD forderte von der Regierung Auskünfte über die Basis des Staatspräsidenten Wahl nach München. Der Landtag habe als Volksvertretung ein Recht darauf, über derartige Verhandlungen informiert zu werden.

Der Minister für Landwirtschaft und Ernährung, Schmitt, erwiderte sich gegen ihn erhobene Vorwürfe, daß viele der für die Bevölkerung und die Abgeordneten unverständlichen Verfügungen von höheren Stellen kämen. Seine Dienststelle sei nur ausführendes bzw. übermittelndes Organ. Den neuen Anhaltspunkt habe er mit den gleichen Strafandrohungen erhalten, mit denen er ihn weitergegeben habe.

Robert Bosch

Von Theodor Heuß

Bosch verkaufte sein Anwesen, um „etwas frühzeitig“ in Ulm von seinen Renten zu leben — er war jetzt 53 Jahre alt. Ein Liebhaber, der den ganzen Besitz, liegende und fahrende Habe, hätte übernehmen können, war nicht vorhanden. Acht Tage dauerte die Versteigerung, und sie ist den Dorfbewohnern durch den Umtrieb, durch das Kommen und Gehen Neugieriger oder Kauflustiger lange Zeit als eine Art Volksfest in der Erinnerung geblieben. Die Meinung des Sohnes über den väterlichen Entschluß steht in einem Brief an den Jugendfreund Burkhardt (5. Januar 1899): „Mein Vater hat sich seinerzeit mit 250 000 bis 300 000 Mark zur Ruhe gesetzt. Das möchte ich ihm nicht nachmachen. Da könnte man schließlich in seinen alten Tagen als Knackwurstprivatier herumlaufen.“

Robert Bosch hat in den späten Jahren freundschaftliche und pflegliche Beziehungen zu der Gemeinde unterhalten, die durch anderthalb Jahrhunderte Sitz der Familie gewesen und für ihn selber die Umwelt der Kindheits-erinnerung geblieben war; er hat mit kräftigen Stiftungen den Neubau eines Schulhauses, einer Turnhalle mit Turnplatz und dergleichen unterstützt. Aber er hielt nach seiner Art scharf darauf, daß dies Verhältnis keinen sentimental Charakter annehme. Das Geburtshaus hat allerhand Besitzwechsel und Schicksal durchgemacht, und mehr als einmal war Bosch nahegelegt worden, es doch zu kaufen, zu diesem, zu jenem Zweck. Ob ihm der Zweck, der dazu ausgeheckt war, einleuchtete mochte oder nicht — das wäre ihm gegen allen Sinn gegangen, einem Hause deshalb eine sonderliche Würde zuzusprechen, weil er darin geboren war, und unerträglich die Vorstellung, Geld auszugeben, hinter dem dann das Gewisse herlaufen möchte, er sei für einen wenn auch nur im Kleinen repräsentativen Ruhm

„Gesamtdeutscher Volkskongreß“ abgelehnt

Die Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden und Bayern zur Londoner Konferenz

BERLIN. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat zu einem „Gesamtdeutschen Volkskongreß“ für Einheit und Frieden“ aufgerufen, der am 6. und 7. Dezember in Berlin tagen soll.

Nachdem bisher alle Bemühungen zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung negativ verlaufen seien, betrachte sie es als ihre besondere Pflicht, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, seinen Willen der Londoner Konferenz zum Ausdruck zu bringen.

Der Vorsitzende der SPD Berlin, Franz Neumann, erklärte zu dem von der SED erlassenen Aufruf: „Die nationale Repräsentation hat sich als eine Propagandaveranstaltung der Kommunisten entpuppt. Die Verwirklichung der deutschen Einheit setzt die Klugheit der Sieger über Deutschland und die Grundsätze seines politischen Aufbaues voraus.“

Der Vorsitzende der CDU in der sowjetischen Zone, Jakob Kaiser, lehnte gleichfalls die Teilnahme seiner Partei an dem von der SED vorgeschlagenen Volkskongreß ab.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der LDP, Karl Hubert Schwannicke, erklärte, die Berliner LDP lehne Halbbetten in der Bildung einer deutschen Vertretung für die Londoner Konferenz ab, da sie dem deutschen Volke eher schaden als nutzen könnten. Eine Vertretung des deutschen Volkes könne nur durch eine allgemeine demokratische Wahl in allen Zonen gebildet werden.

Sämtliche politischen Parteien der britischen Zone mit Ausnahme der Kommunisten lehnen die Teilnahme an dem „Volkskongreß“, der die Bildung einer deutschen Delegation für die Londoner Konferenz anstrebt, ab.

STUTTGART. Der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier, erklärte am vergangenen Samstagabend in einer Rundfunkansprache zur Londoner Außenministerkonferenz: „Nicht nur für Deutschland schließt in der britischen Hauptstadt die Schicksalsstunde, sondern für die

ganze Welt.“ Dr. Maier wies auf die Notwendigkeit hin, eine Instanz zu schaffen, die für ganz Deutschland reden und verhandeln dürfe und berechtigt sei, die allerdingsten zentralen Befugnisse auszuüben. Voraussetzung hierfür sei die Durchführung allgemeiner demokratischer Wahlen innerhalb Deutschlands, gegebenenfalls unter der gemeinsamen Aufsicht aller vier Besatzungsmächte.

Deutschland, aufgeteilt in 14 Länder, müsse untätig zusehen, wie in London „um sein Los gewürfelt“ werde. Dr. Maier sprach von einer „moralischen Niederlage“, die sich das deutsche Volk selbst bereitet habe, weil es nicht in der Lage gewesen sei, sich über die Zonengrenzen hinweg zu einem gemeinschaftlichen Programm für London zusammenzufinden. Deutschlands Sorgen und Wünsche faßte Dr. Maier in vier Punkte zusammen: 1. Beendigung des jammerwürdigen Zustandes, daß Deutschland heute wenig mehr ist als ein historisch-geographischer Begriff. Daher Forderung seiner Anerkennung als eine völkerrechtliche Gesamtheit. 2. Ein Friedensvertrag, auf den wir auf Grund ungeschriebener Gesetze 1/2 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Anspruch haben. 3. Festlegung der Reparationen in einer Weise, daß wir wirtschaftlich auf festen Grund gelangen können. 4. Befreiung unserer Kriegsgefangenen, auf die uns vor Gott und den Menschen ein Anspruch zusteht.“

MÜNCHEN. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard sprach am vergangenen Sonntag auf einer CSU-Versammlung in München über die zukünftige Gestaltung Deutschlands und Europas. Dr. Ehard wies auf die Notwendigkeit hin, die Demokratie nicht durch Friedendiktate zu diskreditieren. Das neue Deutschland müsse ein föderalistisch geordnetes sein, weil die staatspolitischen, sozialen und ethischen Grundsätze des Föderalismus die beste Bürgschaft für eine Friedensordnung bildeten.

Dr. Ehard warnte vor einem Wiederaufbau Deutschlands nach dem Vorbilde von Weimar und fügte hinzu: „Vom Süden her muß ein zukünftiges Deutschland seine tragenden Impulse erhalten oder es wird kein föderalistisches Deutschland geben.“ Auf Grenzbeziehungen, die von einer sich abschließenden nationalen Sicherheitspolitik gefordert würden, könne unmöglich der Frieden aufgebaut werden.

Nachrichten aus aller Welt

Deutschland

BADEN-BADEN. Seit 1. Dezember ist der Telegrafverkehr zwischen der französischen Besatzungszone in Deutschland und dem gesamten Ausland, mit Ausnahme von Spanien und Japan zugelassen.

STUTTGART. Am kommenden Sonntag wird der Vorsitzende der SPD Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher, in Stuttgart auf einer Kundgebung der Sozialdemokraten Nordwürttembergs sprechen.

MÜNCHEN. Eine Kürzung der Brotration in Bayern in den nächsten Monaten wird unvermeidbar sein, wenn nicht unverzüglich Schritte zur besseren Erfassung der Eigenproduktion unternommen werden, erklärte der Leiter der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft bei der US-MILITÄRregierung.

BERLIN. Die Aufwendungen Großbritanniens für die deutsche Besatzungszone im Finanzjahr 1947/48 werden mit 146 412 000 Pfund Sterling angegeben. Davon sind 94 613 000 Pfund Sterling für den Unterhalt der Zone vorgesehen, während der Aufwand für die Besatzungstreitkräfte 50 Mill. Pfund betragen soll.

BERLIN. Mitglieder der sächsischen Landesregierung wurden auf der Autostraße Berlin-Dresden zwischen Zeuthen und Königswusterhausen von Banditen überfallen. Die Regierungsmitglieder wurden völlig ausgeplündert.

BERLIN. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern beschloß in seiner Freitagsitzung gegen die Stimmen der CDU und der LDP die Aufhebung des § 218 des Strafgesetzbuches.

Ausland

LONDON. Am 1. Januar 1948 werden die britischen Eisenbahnen, die bisher von vier großen Gesellschaften betrieben wurden, verstaatlicht.

WIEN. Bei Betriebsratswahlen in einem Teil der österreichischen Unternehmen entfielen auf die Sozialistische Partei (SPÖ) 88,3 Prozent, auf die Kommunistische Partei (KPÖ) 11,5 Prozent, auf die Österreichische Volkspartei (ÖVP) 1,5 Prozent und auf die Parteilosen 8,5 Prozent.

WIEN. Nach der letzten Statistik der Wiener Magistratsabteilung vom Monat Oktober beträgt die Zahl der Einwohner Wiens 1 728 606 Personen.

ROM. 23 italienische Fischdampfer wurden von jugoslawischen Küstenwachen angehalten. Die Besatzungen mußten den jugoslawischen Behörden die Ausbeute ihres Fischzuges abgeben.

WARSAU. Polen hat bei den Alliierten die

Austrlieferung mehrerer deutscher Generale, insbesondere des Generals Guderian verlangt, der Oberbefehlshaber in Warschau gewesen war und für die Zerstörung der polnischen Hauptstadt verantwortlich gemacht wird.

SOFIA. Der jugoslawische Ministerpräsident, Marschall Tito, und der bulgarische Ministerpräsident Dimitroff haben einen jugoslawisch-bulgarischen Freundschafts- und Beistandspakt unterzeichnet.

TOKIO. 24 demokratische Abgeordnete wurden auf Beschluß des Exekutiv Ausschusses aus der demokratischen Partei ausgeschlossen, weil sie gegen das Gesetz zur Kontrolle der Kohlengruben gestimmt hatten.

AUS DER WIRTSCHAFT

Gefüllte Halden — zu wenig Kohle

ESSEN. Etwa 1,25 Millionen t Kohle liegen nach amtlichen Angaben zurzeit in der britischen Zone auf Halden. Der Industrieverband Bergbau vertritt die Ansicht, daß insgesamt nur 3 Millionen t ausgebeutet werden können; von britischer Seite wird dagegen die Haldenkapazität auf 7 Millionen t geschätzt.

DUSSELDORF. Die Kohlenbestände auf der Halde der Zeche Königgrube in Wanne-Kökel sind vor einigen Tagen in Brand geraten. Der Industrieverband Bergbau weist darauf hin, daß dies der erste, durch übermäßigen Lagervorrat entstandene Haldenbrand ist. Es besteht die Gefahr weiterer Brände, denn die vom Leiter der britischen Kohlenkontrollbehörde angegebene Haldenkapazität von 7 Millionen t stimmt zwar nominell, doch könne unter den heutigen technischen Bedingungen eine sachgemäße Lagerung nicht überall garantiert werden.

DUSSELDORF. Mit einer durchschnittlichen Lieferung von 1,155 Zentner Kohle pro versorgten Haushalt steht nach Mitteilung des Kohlenstatistischen Amtes Essen das Land Nordrhein-Westfalen an letzter Stelle. In Hessen wurden dagegen 6,68, in Bayern 6,04 und in Bremen 6,18 Zentner je Haushalt verteilt.

Lockerung der Bewirtschaftung

BREMEN. Nachdem bereits heute gewisse Gruppen von Verbrauchsgütern von der Bewirtschaftung ausgenommen werden konnten, wurde auf einer

„Süddeutscher Bundesstaat“

es. In den letzten Tagen ging durch verschiedene Zeitungen dieses und jenseits der Zonengrenze — selbst Radio Berlin hat sich anscheinend des fetten Bissens bemächtigt — eine Meldung, die besage, der Staatspräsident von Südbaden, Wobke, habe bei seinen Besuchen in München bei Ministerpräsident Ehard, und in Tübingen bei Staatspräsident Koch u. a. die Vorbereitung einer Föderation süd- und süddeutscher Länder besprochen.

Diese Nachricht verleitet zum Nachdenken, selbst auf die Gefahr hin, Nachricht und Gedanken dementieren zu müssen. Die Nachricht wurde bereits dementiert, von Ministerpräsident Ehard wie von Staatspräsident Koch — hört man, Ehard soll von „glatt erfinden“ gesprochen haben und weil von nichts. Auf dem Schönenberg bei Ellwangen seien nur interne CDU-Probleme diskutiert worden — in Tübingen nicht minder. Dementis sind meist glaubwürdiger als Nachrichten — also kein Grund zu zweifeln.

Indes könnte ja mal so etwas passieren und so fragen wir prophylaktisch schon heute: Sollte irgendeine Verfassung irgendeinen Minister- oder Staatspräsidenten beauftragt haben, um sich aus Duodes-Republiken dieser oder anderer Föderung zu gründen? Kaum anzunehmen. Sicherlich wäre aber die Bevölkerung dieser Länder nicht damit einverstanden. Deutscher Bundesstaat oder Einheitsstaat, darüber läßt sich diskutieren, aber nicht über süd- und norddeutsche Föderation. Separatismus den Separatisten. So etwas gibt aber bei uns in nennenswertem Umfang nicht.

Inzwischen war jedoch in badischen Blättern bereits allerlei zu diesem Thema zu lesen, u. a., daß, sobald die Zeit dazu reif sei, zur Kenntnis gebracht werde, was Staatspräsident Wobke Verdienstvolles vollbracht habe. Ja, da ist ein Ausspruch Wobkes, der besonders skeptisch stimmt: er würde auch das „Undenkbar“ tun, wenn es nur der „großen Sache“ diene. Die Zeit des „Undenkbar“ ist doch eben erst um — und soll auch nicht wiederkehren. Man weiß nie, was da dann wieder an „Undenkbar“ herauskommt.

Gerechtfertigte Skepsis

H. Sch. Ueber seine Ansicht zu dem kürzlich vom Bayerischen Landtag verabschiedeten Kriegsdienstverweigerungsgesetz befragt, erklärte der ehemalige Militärgouverneur für Bayern, General J. Muelter: „Es ist erfreulich zu erfahren, daß das bayerische Volk durch seinen Landtag so freiwillig und einstimmig sich gegen den Krieg erklärt hat. Es ist wohl die erste ausdrückliche gegen den Militarismus gerichtete Kundgebung einer gewählten deutschen Körperschaft seit dem zweiten Weltkrieg. Wollen wir hoffen, daß die Zeit niemals kommen wird, wo dieses Gesetz praktisch erprobt werden muß.“

Sitzung von Vertretern der Landeswirtschaftsverwaltungen der britischen Zone die Ausdehnung der Bewirtschaftungsfreiheit auf weitere Warenarten empfohlen. Unter den insgesamt 28 Erzeugnissen, deren Bewirtschaftung als nicht mehr gerechtfertigt anzusehen sei, wurden Kleinfahrräder, Kleintiere, elektrische Kochplatten, Wasserkessel, Haushaltsfähnis Metall, Bratpfannen, Bestecke, Haubtsetschalen, Kleider- und Waschtische sowie andere Möbel, Kinderwagen, Uhren und Radioröhren genannt. Weiterhin wurde die sofortige Aufhebung der Bewirtschaftung von Waren des „Pfennig-Artikel-Programms“ — Rasierklingen, Schürhaken usw. — gefordert. Begründet werden die Forderungen mit der Feststellung, daß ein Teil dieser Waren in ausreichender Menge vorhanden sei, anders aber, wie zum Beispiel Möbel, in so geringer Zahl zur Verfügung ständen, daß der mit der Bewirtschaftung verbundene Aufwand nicht zu rechtfertigen sei.

Metallfertigung bewirtschaftungsfrei  
KOBLENZ. Nach Mitteilung des Wirtschaftsministeriums von Rheinland-Pfalz unterliegen Fertigerzeugnisse aus Eisen und Metall keinerlei Kontingent.

Heutegebet und Schriftleiter: Wilh. Hanna Hebesker  
Dr. Ernst Müller und Alfred Schweger  
Westere Mitarbeiter der Redaktion:  
Dr. Helmut Kierza und Joseph Künzlerhäger

Wochenlicher Bezugspreis eininkl. Trägerlohn 1,50 RM., durch die Post 1,74 RM., Einzelverkaufspreis 20 Pf. Erschließungstage: Dienstag und Freitag

besorgt. Schließlich die Ueberlegung, daß, mit seiner Sentimentalität rechnend, andere spekulativ Geld daran verdienen wollten, sollten und gar könnten!

Schul- und Lehrlingszeit in Ulm

Von den Ulmern spricht Bosch gelegentlich als von seinen „engsten Landsleuten“, er urteilt über sie in einem Brief der Spätzeit so: „Der Ulmer hat eine ungewöhnlich große Heimatliebe. Diese Heimatliebe läßt ihn aber doch gegen Nicht-Ulmerisches manchmal etwas eng werden. Im übrigen habe ich die Ulmer und die Leute aus der Ulmer Gegend immer mehr schätzen gelernt. Sie sind bei aller Genußfreudigkeit doch arbeitsam und zuverlässig, wenn sie einen entsprechenden Arbeitskreis haben, und man kann etwas mit denselben ausrichten.“ Diese Anerkennung kehrt öfters wieder; es steht wohl daneben mit freundlicher Ironie, daß man in der Stadt „lern gut und behäbig lebt“.

Dabei mag er das Bild des „Privatier“ Servatius Bosch vor Augen gehabt haben. Der war vermögend genug, ein beschaufliches Leben zu führen. Die beruflichen Pflichten hatte er hinter sich geworfen, neben der Teilnahme an den öffentlichen Dingen in Stadt und Land schenkte er seine Muße ein paar Liebhaberinnen. Er pachtete einen Garten und pflegte weiter die Inkerei; die hatte er schon in Albeck betrieben, und der Sohn wurde von ihm zur Beobachtung angehalten. Robert begleitete ihn auch, wenn das Waldstück bei Göttingen besucht wurde. Das hatte Servatius nicht verkauft, einen Stück Tannenschonung, das er angelegt hatte, gehörte seine besondere Liebe, und das wollte er gern erleben, daß da noch ein richtiger Wald stünde. Das Verstandenen geht nicht so schnell, das Leben behält seine Beziehungen zum Lande; auf dem „Adler“ im nahen Jungingen saß der gutmütige Jakob, und die Jugenderinnerungen, die Abenteuer heraufholten, wandern wieder ins Dörfliche hinaus.

Ulm selber war damals eine mittlere Stadt von etwa 25 000 Einwohnern, vielen Soldaten und einer kräftigen Beamten-schicht neben dem alteingesessenen Bürgertum. Das industrielle Leben war noch wenig entwickelt, ein paar Firmen, die dann großen Ruf gewinnen sollten, standen vor ihrer Entfaltung. Das gesunde, reiche bäuerliche Leben, das ringsum gelagert ist, wirkte in seiner derben Gelassenheit über die Mauern und Wälle der Festung hinein. Seit den Vierziger Jahren hatte das städtische Wesen eine Mitte seiner Anstrengungen erhalten. Man folgte, Ausklang der Romantik, den Köhmern in ihrer Dombaupolitik: das Münster sollte seine Türme erhalten, und der junge Albert Bosch, der jetzt eben bei der Uebersiedlung der Eltern in die oberen Klassen der Realanstalt einrückte, wird ein Jahrzehnt später unter Beyer einer der Münsterbauarchitekten sein.

Carl und Albert Bosch erschienen dem jüngeren Bruder als die begabtesten unter den Geschwistern — „Albert“ vertritt das Aristokratische in unserer Familie und kommt dadurch nie und da mit uns anderen in Konflikt“, heißt es in der „Familienbiographie“, die ein Brief vom April 1885 der Braut vorträgt. Sicher hatten die beiden Aeltern, die an der Spitze der Klasse zu marschieren pflegten, die Erwartungen der Lehrerschaft auf die Leistungen eines Bosch höher angelegt als der jüngere sie zu erfüllen gewillt war. Robert Bosch hat von dem, was er für die Schule und was die Schule für ihn bedeutete, später keine große Meinung gehabt. Der Beginn bei dem Albocker Dorflehrer verlief ohne besonderen Eindruck, er dauerte auch nur ein Jahr und der Ueberberg in die neue Umgebung gelang, wenn auch etwas glanzlos. Es mangelte ihm auch am „Sitzfleisch und Ehrgeiz“, die „alten und veralteten Lehrer“ wußten seine Teilnahme nicht recht zu wecken, er hat sich durch die Anzahl „so schlecht und recht durchgefunden“, immerhin nach seiner Erinnerung durchschnittlich im ersten Drittel. In den Sprachen ging es, auch in der Physik, solange sie rein experimentell betrieben wurde; aber die mathe-

matische und geometrische Grundlage war nicht geschaffen worden. In einem sehr späten Briefwechsel mit dem Jugendfreund Karl Hausmann, der Professor der Gedächtnis, als einziger aus dem Kreise die wissenschaftliche Laufbahn eingeschlagen hatte, heißt es geradezu (2. Februar 1939): „In Mathematik war ich immer sehr schwach. Das hat mich seinerzeit aus der Schule getrieben. Da ich in Logik eigentlich nicht so schwach bin, muß doch wohl die Schule oder besser die Lehrer daran Schuld gehabt haben. Ich denke da an Reuß und Nagel, die Du ja nicht mehr gekannt hast, auch an Ziegler. Jedenfalls: im sogenannten Einführungs-examen, mit dem ich abging, habe ich den pythagoräischen Lehrsatz nicht beweisen können. Um den Mangel später auszugleichen, war ich wohl zu faul, und so bin ich durch mein Leben gegangen und habe sogar Erfolge gehabt, die ich eigentlich nicht hätte haben sollen. Es ist lediglich ein technisches Gefühl, das mir durchgeholfen hat.“

Das klingt aus der Altersschau vielleicht etwas skeptischer, als der Sachbestand fordert. Im Gedächtnis der Mitschüler galt Robert Bosch, wenn er auch nicht durch Schulleistungen hervorragte, als begabt, ein Junge mit entschiedenen Meinungen, der sich bei Widerspruch tapfer für seine Auffassung verstritt. Die Spottlust der Kameraden hatte ihn den „Allweisen“ genannt, doch scheint er wohlgeleiteten gewesen zu sein. Den guten, unmittelbaren Zusammenhang mit einigen der Schulfreunde, etwa dem Kaufmann Eduard Gebhardt, hat Bosch treulich bis an das Ende gepflegt; aber, notiert er einmal: „Im allgemeinen entwickelt man sich mit den Jahren ziemlich auseinander, namentlich bei denen, die in der Heimat blieben und keine fremden Länder gesehen haben.“ Das Verhockte und Verspödelte, das Gegensätze und Freundheiten leicht mit Jugendsentimentalitäten überdeckt, behagte ihm nicht. Er konnte gegenüber einer Vertraulichkeit, die sich aus der alten Schulgemeinschaft herleitete wollte, recht schroff werden.

(Fortsetzung folgt)



Aufbau

Lasset die Not nicht größer werden als die Liebe... Das Evangelische Hilfswerk wendet sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung...

Abschied von Gouverneur Frénot

Am 21. November verabschiedete sich der ehemalige Gouverneur des Kreises Calw, Commandant Frénot, der sich ins Privatleben zurückzieht...

In eigener Sache

In Nr. 95 des Parteiorgans der CDU, wird einem Mitglied unserer Redaktion der Vorwurf gemacht, als „überparteilicher Berichterstatter“...

Schwäbisches Tagblatt, Redaktion Calw.

traffen hat, als er am 15. 8. 1945 sein Amt übernahm. Er erzählte von manchen Erlebnissen...

Bekennnis zu Deutschland

Entscheidung der vier Parteien des Kreises an die Außenminister-Konferenz in London

Das Unvermögen unseres Volkes, 29 Monate nach dem totalen Zusammenbruch noch ohne Frieden, sein Schicksal mitzubestimmen...

In tiefer Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes haben sich die Vertreter aller vier Parteien des Kreises Calw zusammengelassen...

Die Herren Außenminister mögen das deutsche Volk nicht mehr länger über das deutsche Schicksal...

in einer Volksabstimmung zu der Einheit Deutschlands Stellung zu nehmen.

eine deutsche Zentralregierung zu bilden — durch

würden. Abschließend behandelte er aktuelle politische Tagesfragen und gab in einem Ausblick seiner Hoffnung auf eine bessere und glücklichere Zukunft Württembergs Ausdruck.

Blick in die Gemeinden

Stimmungsvoller Adventsbeginn in Nagold Am Vorabend des 1. Adventstages trugen Mädchen des Singkreises der evang. Kirchengemeinde unter Leitung von Pfr. Gerlach...

Umschau in Hiesigen

An Stelle des durch Krankheit ausgeschiedenen Th. Gassenmaier sen. wurde als 1. Beigeordneter Th. Gassenmaier jun. als 2. Beigeordneter Eugen Haas...

Bad Liebental. Für die Kirchengemeinderatswahl wurde nun ein Wahlvorschlag eingebracht. Gewählt wurden: Blessing, Bäckermeister, Hübner...

Neulack. Einem schmerzlichen Verlust erlitt, der hiesige Männergesangsverein durch einen schändlichen Diebstahl...

Sulz a. E. Die für den 19. November angesetzte gestliche Abendmusik mit Thunzelde Wolff und Willy Rosenau findet nunmehr am Sonntag, den 7. Dezember, statt.

lieger verpflichtet, außer den Gehwegen auch die Straße von Schnee und Eis zu befreien...

Neue Spende aus Amerika für die Stadt Calw

Aus der letzten Sitzung des Gemeinderats

Bürgermeister Blessing konnte die erfreuliche Mitteilung von einer neuen hochherzigen Spende aus Amerika machen. Der Name Adolf Schmauer ist in Calw in gutem Gedächtnis...

gendorbergswerkes Södwürttemberg-Hohenzollern. Der im letzten Jahr gewährte Zuschuß an das Volkshilfswerk in Höhe von 500 Mark wird auch für das laufende Jahr beibehalten...

Familiennachrichten

Calw, 27. November 1947. Unerwartet rasch wurde mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager u. Onkel Paul Schnierle

im Alter von 54 Jahren von uns genommen. Wir haben ihn am 27. 11. zur letzten Ruhe gebettet. Für alle erwiesene Liebe und Teilnahme, sowie allen, die ihm das letzte Geleit gaben, sei herzlich Dank gesagt...

Holztrunz, 27. Nov. 1947. Nach langem bangen Warten ist es uns zur schmerzlichen Gewißheit geworden, daß mein lieber, guter Mann und treubestorger Vater seines Sohnes Herbert

seiner Bruder Karl in den Tod nachfolgte. Er ist am 21. Nov. 1944 in Holland gefallen und auf einem deutschen Militärfriedhof dort begraben. Die Trauerfeier fand am 23. 11. 1947 statt. Für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, dem Chor sowie den Altersgenossen sagen wir herzlichen Dank...

Stellengesuche Sprechstundenhilfe sucht Stelle bei Zahnarzt oder Dentist. War bereits 1 1/2 Jahre als Sprechstundenhilfe tätig. Angebote unter C 3653 an Schw. Tagblatt Calw.

Stellenangebote Haus- und Küchenmädchen, nicht unter 25 J., kräftig, fleißig und ehrlich, s. d. franz. Zone, für sofort von Karlsruhe gesucht. Ostfälligkeit angenehm. Wohn- und Verpflegung im Hause. Angebote u. C 3622 an S. T. Calw.

Werbliche Kraft, durchaus zuverlässig und im Umgang mit der Kundschaft gewandt, für meine Annahmestelle in Calw und zu Kontrollarbeiten in Betrieb in gutbezahlte, angenehme Dauerstellung gesucht. Samstags sind arbeitsfrei. Mechanische Schraubmacher Schädel, Kestheim-Calw (in der Baumwollinnerei), Telefon Calw 487.

Mädchen für Küche und Haushalt zur Neueröffnung von guter Speisegaststätte in Reutlingen gesucht. Kochen kann erlernt werden. Ebenso wird Servierfräulein gesucht. Angeb. u. Nr. 2165 an Anzeig.-Vermittl. Luz, Reutlingen, Stadtboerenstraße 7.

Kaufgesuche Anzug, gut erhalt., l. Gr. 170, gesucht. Evtl. kann bl. D.-Winterkleid in Tausch g. werd. Ausk. ert. Geschäftst. d. S. T. Calw. Filmklappe f. Schmalfilmvorführapp. geg. entspr. Entschäd. ges. Mks. Tungsram od. Philips etc., 250 od. 500 W., 4-5 A., ca. 50-110 V. Angeb. u. C 3647 an S. T. Calw. Laute oder Gitarre, gut erhalt., zu kaufen oder gegen eine 1/2 Violine zu tauschen gesucht. Angebote u. C 3651 an S. T. Calw. Blockflöte gegen gute Entschädigung gesucht. Tel. Anfragen u. Bad Teinach 249.

Tausch / Geboten Herrenanzug, Gr. 50, grau, neu, od. D.-Bekleidungsstücke, ges. H.-Robrtiefel, Gr. 44, sowie Stiefellose. Erwin Meister, Stammheim, Forstweg 188. Herren-Schlafanzug, neu, ges. Arbeitsanzug und Arbeitshemden. Angeb. u. C 3644 an S. T. Calw. Frack mit Weste; ges. Herrenhemden oder Stoff hierzu. Ausk. ert. Geschäftst. d. S. T. Calw. Herrenunterhosen, 2 Paar, halbl., neuwertl.; ges. H.-Arbeitsmantel, weiß, Gr. 44-46. Ausk. erteilt die Geschäftst. d. S. T. Calw. Tierschleichenleiche, angelesen, 0,10 und 0,30 mm stark, 30 mm br., in Bündeln ca. 3 To.; gesucht Baumaterialien, Holz etc. Angebote unter C 1174 an Schwäb. Tagblatt Neuenbürg.

D.-Lederstiefe, neu, Gr. 39, und eventl. neuwa D.-Wintermantel; ges. mod. Puppenwagen, mögl. mit Puppe. Angebote u. C 3654 an Schwäb. Tagblatt Calw. Damenschuhe, Gr. 38, Friedenssw., Wollpullover; ges. kl. Rechenmaschine. Angebote unter C 3635 an Schwäb. Tagblatt Calw. Schwarzes Kleid (Konfirm.-Kleid); gesucht gut erh. Stiefel, Gr. 42. Angebote unter C 1167 an Schw. Tagblatt Neuenbürg. Mantelkoffer, hellgrau, 4 m; ges. ebensolches in dunkelgrün. Ausk. ert. Geschäftst. d. S. T. Calw. Bett, kompl., alt.; ges. junge reiferfarbige Milchziege. Von wem, sagt die Geschäftst. d. Schw. Tagblatt Calw. Weide Kinder-Holzbettstelle mit Matratze, gut erhalt., Gr. 1,40x0,90 m ges. Damenkleidung Gr. 48, od. Kinderkleidung f. 10jähr. Jungen, od. Radio (Kleinsmpf.). Gleichstr., 220 Volt. Angebote unter C 1182 an S. T. Calw. Kleiderschrank, mod. zweiflügelig, neuwert., Schließfach; ges. alten bemalten Bauernschrank. Angebote an Frau L. Andler, Bad Teinach, Füllhaus.

Kokoständer, guten, roten, 90 cm breit und 8 m lang, ges. Arbeitsschuhe, Gr. 43-44, oder Arbeitskleidung. Angebote unter C 3645 an Schwäb. Tagblatt Calw. H.-Fahrrad, gut erh., kompl., ges. 2 Motorradreifen, 3,50x19. Ausk. ert. Geschäftst. des S. T. Calw. Herrenrad, gut erhalt., kompl.; gesucht Radio. Ausk. erteilt die Geschäftst. d. S. T. Calw. D.-Fahrrad, gut erhalt., ges. Bettwäsche. Dieselbst junge Ziege, 7 Mon. alt, abzugeben. Ausk. ert. die Geschäftst. des S. T. Calw. Glühbirnen, einige fabrikn., 110 Volt, gegen ebensolche 220 Volt umzutauschen gesucht. Ausk. erteilt die Geschäftst. des S. T. Calw. Herrenbanduhr (Schw. Werk), neu, oder Füllfederhalter, neu, oder Tapeten, 10 Rollen, beste Qual.; ges. Herr- od. Frauenkleidung, neu, etc. Angebote unter C 3642 an S. T. Calw. Herrenschuhe, zwei schöne; gesucht Herrenbekleidung. Angebote u. C 3640 an S. T. Calw.

Benzlmotor, neu, F. u. S. stat., 2 PS.; ges. elektr. Eisenbahn, fern. geb. Kaufmann; ges. Scharwolke. Angebote unter C 3652 an Schw. Tagblatt Calw. Zimmerofen, neu, weißer, ges. Damenfahrrad, gut erhalt. Angebote u. C 3641 an S. T. Calw. Zimmerofen neu, u. Ziehharmonika Hobner Club II B; ges. gut erh. Radio. Ausk. erteilt die Geschäftst. des S. T. Calw. Schönes Radio; ges. Schreibmasch. oder Akkordion. Angebote unter C 3639 an Schwäb. Tagbl. Calw. Foto-Apparat, guten. Friedenspreis 175 Mark, neuen H.-Wintermantel oder neuen Anzug, Kostümstoff; gesucht guterhalt. Nähmaschine. Angebote unter C 3638 an Schw. Tagblatt Calw. Zugpumpe, neu, elektr., ges. 1 Paar D.-Stiefel, Gr. 40. Dieselbst klein. Schreibstift abzugeben. Angeb. u. C 3643 an S. T. Calw. Tafelbrett; ges. Kinderschuhe, Gr. 28, od. Knabenanzug f. 4jährig. Angeb. u. C 3635 an S. T. Calw. Eisenbahn, tadell. erh., Friedenssw., kpl., Richters A.-Steinbuckasten, Burg; ges. Radio, gut erh., 3-4 Röhren, Rebersche. Photo. Laible, Calw, Schießberg 4.

Verschiedenes Verloren braunes Aufsteckkämmchen, m. Stein besetzt, Freitag 14. 11. in Calw, Alth.-Str., Badsteg. Da Andank, w. um Abg. g. gt. Bei. auf d. Polizeiwache geb. Heimarbeit nimmt Kleinsverbreitet entgegen. Angebote unter C 3656 an Schwäb. Tagblatt Calw. Darlehen von 10 000 RM gegen gute Sicherheit mit Wiederaufbau eines landwirtschaftlichen Gebäudes gesucht. Angebote u. C 3649 an Schw. Tagbl. Calw. Herrenschuhe, Gr. 40, fast neu, Eisenbahnstiefel, gefüt., Gr. 42, in gt. Zust. abzugeben. Dieselbst Nägel gesucht. Angeb. unter C 3649 an S. T. Calw. Küche, weiß gestrichen, Waschkessel (Kupfer, neu), mit Feuerzug, Puppenwagen hat abzugeben. Angeb. u. C 3650 an S. T. Calw. Nähkästchen, neu, abzugeben. Ausk. ert. Geschäftst. d. S. T. Calw.

Eisenbahn zum Aufziehen sowie neuen, schönen Baukasten abzug. Angeb. u. C 3639 an S. T. Calw. Puppenküche, gr., gut eingerichtet, tadelloso erhalt., abzugeben. Ausk. ert. Geschäftst. d. S. T. Calw. Heiratsanzeigen Geschäftsmann, Schwabe, gut sitz., langjährige Auslandspraxis, gewandte Umgangsformen, gelöst, vielseitig, gute Erziehung, Anfangs 40, wünscht Verbindung mit Tochter aus gutem Hause wegen baldiger Heirat. Zuschriften, mögl. mit neuem Foto, erb. unt. Nr. 2848 an Zeitschau, G. m. b. H., Schwenningen a. N. Ehevermittl. „Gisela“, Stuttgart-S., Olgastraße 44, am Olgaack. Das Institut der diskreten und gewissenhaft. Beratung für alle Kreise, sowie f. Einzelheiten. Zahlreiche Vormerkungen. Für Herren bei Nichterfolg vollständig kostenlos. Für Damen größte Chancen.

Tiermarkt Entlaunen Hund, Langhaar, d./bra. Abzugeb. ger. Beloha, h. Bürgermeisterrast Gochingen, K. Calw. Entlaunen Tigerkätzchen am 25. 11. in Calw. Um Abgabe f. d. Spöhrerschule wird herzlich gebeten. Fuchstute, schwere, auch f. Langholzwerkzeug geeignet, verkauft Fritz Lutz, Fuhrm., Oberkollbach. Stier, 1 1/2 Jahre alt, verkauft Fritz Kost, Simmroth. Zugochsen, 14-15 Zonta, schwer, 4-5jährig, gesucht. Angebote an Chr. Kienle, Nagold, Burgstraße 5. Zugochsen, gängigen, etwa 16 Ztr. schwer, setzt dem Verkauf aus. Ludwig Ayasse, Neuhengstett. Zugochsen, etwa 15 Ztr. schwer, zu verkauf. Gute Nutzkühe oder hochtracht. Kalbin gesucht. Hermann Seeger, Neulack. Arbeitsschuh, alt, oder jünger, verkauft od. tauscht geg. Nutzkühe. Martin Seeger, Schmiech. Schaffochsen, ca. 16 Ztr. schwer, zum Langholzwerkzeug geeignet, verkauft Joh. Schwämmle, Röttenbach, Kreis Calw. Nutz- und Schaffoch verkauft Karl Eitel, Neuhengstett.

Schlachtkuh tauscht gegen hochtrachtige Nutz- und Fahrkuh od. Kalbin. Frau Friedrich Koller, Spielberg. Junge Schlachtkuh tauscht gegen hochtrachtige Nutz- u. Fahrkuh. Marie Fahl, Spielberg, Kreis Calw, Ziegelhütte. Wollhund, stark., 10 Mon. alten (Rüde) verkauft A. Mast, Altensteig, Kreis Calw.

Veranstaltungen Lehrerbücherei Nagold, Gerhard Gieseler liest Höllelein Sonntag, den 7. Dez., 20 Uhr, Der Tod des Empedokles, Montag, den 8. Dez., 20 Uhr, Lyrik, Hyperion, Briefe, Brunnhild Breithaupt spielt Schubert und Schumann. Karten durch die Lehrerbücherei Nagold.

Geschäftliches Für Ladengeschäfte: Kinderbüchlein, verzeh. Motive, Preisauszeichnungsgeschäftlichen (kompl. Garnituren). Hans Hertz, Bernneck, Kreis Calw. Kennen Sie die kleinste und billigste Durchschreibebuchführung, System C. v. Carnan für Kleinbetriebe, Handwerker, freie Berufe. Sofort lieferbar. — Preiswert durch: Treuhänder Buchvertrieb H. Münzel, G. m. b. H., (144) Kornial bei Stuttgart, Postfach 103. Schreib- und Rechenmaschinen werden repariert bei Valentin Seubert u. Sohn, Werkstätten Pforzheim, Hohenstaufenstr. 5a, Neuenbürg; Bahnhofstraße 13.

Sie die Schuhe sind so rasz Budo pflegt sie wunderbar! Budo Luxus-Schuhcreme

Schlachtkuh tauscht gegen hochtrachtige Nutz- und Fahrkuh od. Kalbin. Frau Friedrich Koller, Spielberg. Junge Schlachtkuh tauscht gegen hochtrachtige Nutz- u. Fahrkuh. Marie Fahl, Spielberg, Kreis Calw, Ziegelhütte. Wollhund, stark., 10 Mon. alten (Rüde) verkauft A. Mast, Altensteig, Kreis Calw.

Veranstaltungen Lehrerbücherei Nagold, Gerhard Gieseler liest Höllelein Sonntag, den 7. Dez., 20 Uhr, Der Tod des Empedokles, Montag, den 8. Dez., 20 Uhr, Lyrik, Hyperion, Briefe, Brunnhild Breithaupt spielt Schubert und Schumann. Karten durch die Lehrerbücherei Nagold.

Geschäftliches Für Ladengeschäfte: Kinderbüchlein, verzeh. Motive, Preisauszeichnungsgeschäftlichen (kompl. Garnituren). Hans Hertz, Bernneck, Kreis Calw. Kennen Sie die kleinste und billigste Durchschreibebuchführung, System C. v. Carnan für Kleinbetriebe, Handwerker, freie Berufe. Sofort lieferbar. — Preiswert durch: Treuhänder Buchvertrieb H. Münzel, G. m. b. H., (144) Kornial bei Stuttgart, Postfach 103. Schreib- und Rechenmaschinen werden repariert bei Valentin Seubert u. Sohn, Werkstätten Pforzheim, Hohenstaufenstr. 5a, Neuenbürg; Bahnhofstraße 13.

Sie die Schuhe sind so rasz Budo pflegt sie wunderbar! Budo Luxus-Schuhcreme

Sie die Schuhe sind so rasz Budo pflegt sie wunderbar! Budo Luxus-Schuhcreme